

Guten Tag,

der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 22.03.2024 dem Wachstumschancengesetz zugestimmt und damit den Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat vom 21.02.2024 bestätigt. Lesen Sie in dieser Ausgabe einen zusammenfassenden Überblick über die wichtigsten Regelungen des Wachstumschancengesetzes.

Das Niedersächsische Finanzgericht hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob eine Influencerin Aufwendungen für die Anschaffung von bürgerlicher Kleidung und Mode-Accessoires steuerlich geltend machen kann.

Zu den Anforderungen an ein ordnungsgemäß geführtes elektronisches Fahrtenbuch - insbesondere zu den Erfordernissen der "äußeren geschlossenen Form" und zum Begriff der "zeitnahen" Führung – hat das Finanzgericht Düsseldorf Stellung genommen.

Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg entschied, ob Aufwendungen einer GmbH für ein TV-Abonnement und einen von ihrem Gesellschafter-Geschäftsführer privat genutzten Oldtimer eine verdeckte Gewinnausschüttung darstellen.

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2023 die Anhebung der Schwellenwerte für die Bestimmung der Größenklassen von Unternehmen und Konzernen veranlasst. Im Dezember 2023 trat die Verordnung in Kraft. Das Bundesjustizministerium hat nun die Aufgabe der Umsetzung.

Haben Sie Fragen zu den Artikeln dieser Ausgabe der Monatsinformation oder zu anderen Themen? Bitte sprechen Sie uns an.

Wir beraten Sie gerne.

Wachstumschancengesetz

Bundesrat stimmt Wachstumschancengesetz zu

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 22.03.2024 dem Wachstumschancengesetz zugestimmt und damit den Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat vom 21.02.2024 bestätigt.

Auf Vorschlag des Vermittlungsausschusses wurden zahlreiche Änderungen am Gesetz vorgenommen. Die geplante Klimaschutz-Investitionsprämie ist nicht mehr Teil des Wachstumschancengesetzes.

Die steuerlichen Investitionsanreize sollen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken und das Gesetz soll in der geänderten Fassung zu Entlastungen in Höhe jährlich von 3,2 Milliarden Euro führen.

Nachdem Bundestag und Bundesrat dem Änderungsvorschlag des Vermittlungsausschusses nun zugestimmt haben, kann es nach Ausfertigung und Verkündung in Kraft treten.

Zusammenfassender Überblick über die wichtigsten Regelungen des Wachstumschancengesetzes (WCG):

- » **Einführungszeitpunkt E-Rechnung zum 01.01.2025**, allgemeiner Übergangszeitraum bis 31.12.2026, Übergangszeitraum für kleine Unternehmen bis 31.12.2027
- » **E-Rechnungsformate:** Neben X-Rechnung/ZUGFeRD werden auch EDI-Formate zugelassen, sofern eine der Richtlinie 2014/55/EU vom 16.04.2014 entsprechende Extraktion der Daten möglich ist
- » **Degressive AfA für Wohngebäude 5 %** mit Baubeginn ab 01.10.2023 befristet auf 6 Jahre (= bis einschl. 30.09.2029)
- » **Degressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter** begrenzt auf den Zeitraum von 01.04.2024 bis 31.12.2024 und Begrenzung auf höchstens das 2-fache der linearen AfA und 20 %
- » **Erhöhung des Schwellenwerts für die Mindestbesteuerung beim Verlustvortrag** auf 70 % für vier Jahre (=VZ 2024 bis 2027)

- » **Sonder-AfA für Betriebe** mit Gewinn bis 200.000 Euro im VJ in Höhe von 40 % der Investitionskosten ab Anschaffung 01.01.2024
- » **Anhebung Pauschbetrag Berufskraftfahrer** ab VZ 2024 auf 9 Euro
- » **Anhebung Abzugsgrenze für Geschenke** auf 50 Euro ab 01.01.2024
- » **Erhöhung Bruttolistenpreis für E-Fahrzeuge** auf 70.000 Euro, Anschaffung ab 01.01.2024
- » **Bewertung Einlage junger Wirtschaftsgüter** mit (fortgeführten) AHK nur bei Herkunft aus Privatvermögen ab VZ 2024
- » **Anhebung Freigrenze private Veräußerungsgeschäfte** auf 1.000 Euro ab 01.01.2024
- » **Verbesserung Thesaurierungsbegünstigung**
- » **Wegfall Fünftelregelung** ab VZ 2025
- » Weitere Regelungen zum **Zuwendungsempfängerregister**, gilt ab dem Tag nach der Verkündung des WCG
- » **Option Körperschaftbesteuerung**, gilt ab dem Tag nach der Verkündung des WCG
- » **Umsatzsteuerbefreiung Verfahrenspfleger und Verfahrensbeistände** ab 01.04.2024
- » **Klarstellende Formulierung**, dass § 12 Abs. 2 Nr. 8a Satz 3 UStG nur auf **Leistungen von Zweckbetrieben** nach §§ 66 bis 68 AO anzuwenden ist, gilt ab dem Tag nach der Verkündung des WCG
- » **Anhebung Grenze umsatzsteuerliche Ist-Versteuerung** auf 800.000 Euro, ab 01.01.2024
- » **Anhebung Grenze Buchführungspflicht** (Gewinn 80.000 Euro, Umsatz 800.000 Euro), gilt für Wirtschaftsjahr mit Beginn ab 01.01.2024
- » **Anhebung Grenze Aufbewahrungspflicht bei Überschusseinkünften** auf 750.000 Euro ab VZ 2027
- » **Anhebung Schwellenwert vierteljährliche USt-VA** auf 2.000 Euro, ab VZ 2025
- » **Aufhebung der Pflicht zur Abgabe von USt-Jahreserklärungen für Kleinunternehmer** ab VZ 2024
- » **Verbesserungen des Forschungszulagengesetz**, u. a. maximale Bemessungsgrundlage 10 Mio. Euro, gilt ab dem Tag nach der Verkündung des WCG

- » **Regelungen zum Digitalen Verfahren zur Ermittlung der Kinderanzahl im Beitragsrecht der sozialen Pflegeversicherung** (mit Folgeänderungen im Lohnsteuerabzugsverfahren) eingeführt, ab 01.01.2024
- » **Vereinfachung von Besteuerung in „ausländischen Homeoffice-Fällen“**, ab 01.01.2024

Vorab im Kreditzweitmarktgesetz bereits veröffentlicht und bereits in Kraft getreten:

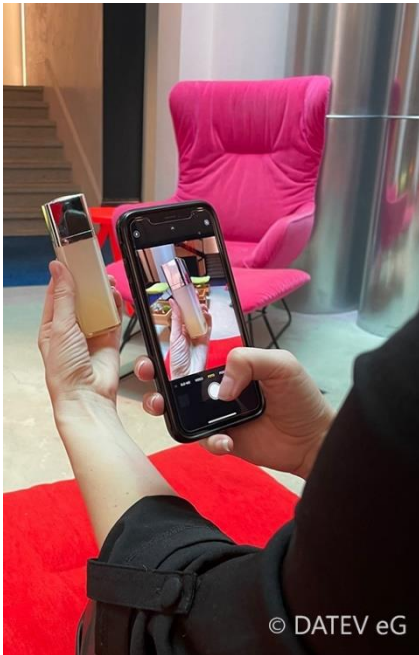
- » Notwendige Änderungen im Zusammenhang mit dem MoPeG
- » Zinsschranke
- » Datenaustausch zwischen Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung, der Finanzverwaltung und den Arbeitgebern
- » Vorsorgepauschale Arbeitnehmer im Lohnsteuerabzugsverfahren
- » Keine Besteuerung der Dezemberhilfe, Aufhebung der §§ 123 bis 126 EStG

Vorab durch den Vermittlungsausschuss gestrichene Maßnahmen:

- » Einführung Klimaschutzinvestitionsprämienengesetz
- » Einführung Meldepflicht innerstaatliche Steuergestaltungen
- » Freigrenze Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung 1.000 Euro
- » Anhebung GWG-Grenze auf 1.000 Euro
- » Senkung Auflösedauer Sammelposten auf 3 Jahre, Anhebung Wertgrenze auf 5.000 Euro
- » Anhebung Pauschale Verpflegungsmehraufwendungen auf 30 bzw. 15 Euro
- » Anhebung Freibetrag Betriebsveranstaltungen auf 150 Euro
- » Anhebung Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen
- » Erweiterter Verlustrücktrag
- » Erweiterter Verlustvortrag
- » Reichweitenalternative Hybridfahrzeuge
- » Senkung Durchschnittssteuersatz LuF von 9,0 % auf 8,4 %
- » Vorzeitiges Auslaufen der befristeten ermäßigten Umsatzbesteuerung für Gas- und Wärmelieferungen zum 29.02.2024 statt 31.03.2024

Für Einkommensteuerpflichtige

Aufwendungen für Kleidung und Mode-Accessoires einer Influencerin keine Betriebsausgaben



Eine Influencerin betrieb auf verschiedenen Social-Media-Kanälen und über eine Website einen Mode- und Lifestyleblog und erstellte hierzu Fotos und Stories. Zusätzlich zu den Produkten, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit von verschiedenen Firmen erhalten hatte, um sie zu bewerben, erwarb sie diverse Kleidungsstücke und Accessoires wie z. B. Handtaschen namhafter Marken. Sie machte die Aufwendungen für diese Kleidungsstücke und Accessoires als Betriebsausgaben bei ihrer gewerblichen Tätigkeit als Influencerin geltend. Das Finanzamt verwehrte den Betriebsausgabenabzug mit der Begründung, dass sämtliche Gegenstände durch die Influencerin auch privat genutzt werden könnten und eine Abgrenzung der privaten zur

betrieblichen Sphäre nicht möglich sei. Insbesondere habe sie nicht dargelegt, in welchem Umfang sie die Kleidungsstücke und Accessoires jeweils für private oder betriebliche Zwecke genutzt habe.

Die hiergegen erhobene Klage blieb vor dem Niedersächsischen Finanzgericht erfolglos. Bei gewöhnlicher bürgerlicher Kleidung und Mode-Accessoires ist eine Trennung zwischen privater und betrieblicher Sphäre nicht möglich. Allein die naheliegende Möglichkeit der privaten Nutzung von bürgerlicher Kleidung und Mode-Accessoires führt dazu, dass eine steuerliche Berücksichtigung ausgeschlossen ist. Des Weiteren handelt es sich bei den erworbenen Gegenständen nicht um typische Berufskleidung, für die ein Betriebsausgabenabzug möglich ist.

Keine doppelte Haushaltsführung bei Fahrzeit zwischen Hauptwohnung und Tätigkeitsstätte von etwa einer Stunde

Ein Geschäftsführer war bei einer etwa 30 km entfernt ansässigen Arbeitgeberin angestellt und mietete eine Zweitwohnung in ca. 1 km Entfernung von seiner ersten Tätigkeitsstätte.

Das Finanzgericht Münster gab der Finanzbehörde Recht, bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit eines klagenden Geschäftsführers zusätzliche Werbungskosten für die geltend gemachte doppelte Haushaltsführung nicht zu berücksichtigen. Der Ort des eigenen Hausstands und der Beschäftigungsort des Klägers fallen im Streitfall nicht auseinander, denn der Kläger kann seine erste Tätigkeitsstätte von seinem ca. 30 km entfernten Hausstand aus mit dem Pkw ausweislich des Google Maps-Routenplaners im Berufsverkehr innerhalb von 50 bis 55 Minuten erreichen. Da die üblichen Wegezeiten maßgeblich sind, ist nicht darauf abzustellen, dass die Fahrzeit nach Angaben des Klägers aufgrund von Baustellen zeitweise im Einzelfall länger gedauert haben sollte. Außerhalb des Berufsverkehrs beträgt die Fahrzeit ausweislich Google Maps lediglich ca. 30 Minuten.

Darauf, dass diese Strecke bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ausweislich Google Maps durchschnittlich eine Fahrtzeit von ca. 1,5 Stunden (einschließlich Fußwege zur Bushaltestelle sowie Umstiegs- und Wartezeiten) aufweist (nach Angaben des Klägers zwei Stunden), kommt es schon deshalb nicht an, weil der Kläger nicht nachvollziehbar dargelegt hat, dass er die Strecke, wäre er sie arbeitstäglich gefahren, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt hat. So hat der Kläger im Streitjahr sowohl sämtliche durchgeführten Fahrten zwischen seinen Wohnungen als auch alle Fahrten zwischen seiner Wohnung und seiner Arbeitsstätte tatsächlich mit dem Pkw zurückgelegt.

Ordnungsgemäß geführtes elektronisches Fahrtenbuch: Erfordernis der "äußeren geschlossenen Form" und "zeitnahe" Führung

Das Finanzgericht Düsseldorf hat festgestellt, dass ein mit Hilfe eines Computerprogramms erzeugtes Fahrtenbuch nur dann eine **äußere geschlossene Form** aufweist, wenn nachträgliche Veränderungen an den zu einem früheren

Zeitpunkt eingegebenen Daten nach der Funktionsweise des verwendeten Programms technisch ausgeschlossen sind oder in ihrer Reichweite in der Datei selbst dokumentiert oder offengelegt werden und bereits bei gewöhnlicher Einsichtnahme in das elektronische Fahrtenbuch erkennbar sind. Alle erforderlichen Angaben müssen sich dem Fahrtenbuch selbst entnehmen lassen; ein Verweis auf ergänzende Unterlagen ist nur zulässig, wenn der geschlossene Charakter der Fahrtenbuchaufzeichnungen dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Das Finanzgericht führt weiter aus, dass eine **zeitnahe** Führung vorliegt, wenn der Nutzer des Fahrzeugs die Eintragungen im Anschluss an die betreffenden Fahrten vornimmt. Wann die Eintragungen im Streitfall konkret erfolgt sind, lässt sich hier mangels Vorlage der Protokolldateien nicht feststellen. Ob bereits dieser Umstand ausreicht, um dem Fahrtenbuch die Ordnungsmäßigkeit abzuerkennen, bedarf keiner abschließenden Entscheidung. Denn die Klägerin hat selbst eingeräumt, dass die Eintragungen in das elektronische Fahrtenbuch gebündelt - üblicherweise nach jedem Tankvorgang - vorgenommen worden sind und die Fahrten in der Zwischenzeit lediglich auf Notizzetteln festgehalten werden. Abgesehen davon, dass diese Ursprungsaufzeichnungen vernichtet wurden und sich infolgedessen nicht feststellen lässt, ob die Notizzettel alle für eine ordnungsgemäße Fahrtenbuchführung benötigten Angaben (einschließlich km-Stand am Anfang und Ende der Fahrt, Fahrtziel und Fahrtzweck) enthielten, wird die gebündelte Eintragung der Fahrten mehrerer Tage bzw. sogar Wochen nicht den an ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch zu stellenden Anforderungen gerecht. Selbst nach eigenem Vortrag der Klägerin erfolgten die Eintragungen nur unregelmäßig, wobei - wenn man auf die Daten der Tankvorgänge abstellt - zwischen einzelnen Eintragungen auch zwei oder mehr Wochen liegen konnten. Bei derartigen Abständen ist nicht mehr gewährleistet, dass alle Fahrten zutreffend erfasst sind. Dies gilt im Streitfall umso mehr, weil zwischendurch nur „Notizzettel“ geführt worden sein sollen und bei losen Zetteln stets die Gefahr besteht, dass diese verloren gehen.

Kein Anspruch auf Pflegepauschbetrag bei nur geringfügigen Pflegeleistungen

Ein Sohn besuchte seine pflegebedürftige Mutter (Pflegestufe III) fünfmal im Jahr für mehrere Tage in einer Einrichtung des betreuten Wohnens und half in dieser Zeit bei der Körperpflege, beim An- und Ausziehen, bei den Mahlzeiten und beim Verlassen der Wohnung. Außerdem unterstützte er seine Mutter in organisatorischen Dingen. Das Finanzamt versagte einen Pflegepauschbetrag von 1.100 Euro, weil die Pflege nicht über das bei Familienbesuchen Übliche hinausgehe.

Das Sächsische Finanzgericht gab dem Finanzamt Recht: Für die Inanspruchnahme des Pflegepauschbetrages nach § 33b Abs. 6 EStG müsse die Pflegedauer mindestens 10 % des pflegerischen Zeitaufwandes betragen, um einen Abzug als außergewöhnliche Belastung zu rechtfertigen. Andernfalls könnten in vielen Fällen Familienbesuche, die mit Hilfeleistungen im Haushalt verbunden seien, als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Dies sei nicht Intention des Gesetzgebers.

Für Umsatzsteuerpflichtige

Zuordnungsentscheidung für Vorsteuerabzug aus dem Erwerb einer Photovoltaikanlage

Ein Steuerpflichtiger hat seine Entscheidung, die Photovoltaikanlage dem Unternehmensvermögen zuzuordnen, durch die Geltendmachung des Vorsteuerabzugs in seiner eingereichten Umsatzsteuererklärung hinreichend dokumentiert.

So entschied das Finanzgericht Köln. Denn die Geltendmachung des Vorsteuerabzugs ist ein gewichtiges - und auch ausreichendes - Indiz für die Zuordnung eines Gegenstands zum Unternehmensvermögen. Dem steht nicht entgegen, dass der Steuerpflichtige keine Umsatzsteuervoranmeldungen eingereicht hat. Eine „**zeitnahe**“ **Dokumentation** der Zuordnungsentscheidung liegt vor, wenn diese bis zur gesetzlichen Abgabefrist für Steuererklärungen erfolgt ist. Die für beratene Steuerpflichtige maßgebende Abgabefrist ist auch für die Dokumentation der Zuordnungsentscheidung maßgebend.

Für Erbschaftsteuerpflichtige

Die Auswirkungen eines „Berliner Testaments“ im Erbschaftsteuerrecht

Das sog. **Berliner Testament** bezeichnet eine testamentarische Regelung, bei der Ehegatten sich gegenseitig zu Erben einsetzen und die gemeinsamen Kinder erst nach dem Tode des Letztversterbenden Erben werden. Diese doch recht verbreitete Testiermethode bevorzugt in erster Linie finanziell den jeweiligen Ehepartner und verweist Kinder auf die Großzügigkeit des zunächst überlebenden Elternteils durch evtl. Schenkungen. In vielen Fällen wird aber der Fiskus dadurch mit einer höheren Erbschaftsteuer begünstigt. Wird Vermögen innerhalb der engsten Familie vererbt, dann werden die den Kindern zustehenden Freibeträge (je 400.000 Euro pro Kind) im ersten Todesfall nicht genutzt und evtl. ergibt sich auch eine höhere Erbschaftsteuer durch einen höheren Steuersatz.

Beispiel 1:

Unterstellt man in einem Erbfall ein Vermögen des Ehemannes von 2 Mio. Euro und der Ehefrau von 0,5 Mio. Euro sowie Gütertrennung, dann fällt beim Tode des Ehemannes eine Erbschaftsteuer von 19 % auf 1,5 Mio. Euro = 285.000 Euro an. Beim Versterben der Ehefrau und bis auf die Erbschaftsteuerzahlung unverändertem Vermögen sind je Kind dann weitere 19 % auf 707.500 Euro = 134.425 Euro fällig. Tritt dieser Todesfall innerhalb von z. B. 5 Jahren nach dem Versterben des Ehemanns ein, wird der vom Vater stammende Vermögensanteil mehrfach vererbt und den Kindern steht eine Ermäßigung von 30 % der auf dieses Vermögen entfallenden Steuer zu = rd. 36.400 Euro (§ 27 ErbStG). Damit sind dann für das Vererben insgesamt 482.050 Euro zu zahlen.

Beispiel 2:

Bei gleichen Vermögenswerten und der gesetzlichen Erbfolge (im ersten Erbfall: Ehefrau und Kinder je 1/3) sowie dem Versterben des Ehepaares ebenfalls innerhalb von 5 Jahren können alle Freibeträge ausgenutzt werden und die Gesamtsteuer verringert sich auf 105.000 Euro. Die Steuerbelastung kann aber auch dadurch wesentlich verringert werden, dass den Kindern im ersten Todesfall ein Vermächtnis von je 400.000 Euro ausgesetzt wird, die Kinder den Pflichtteil nach ihrem Vater verlangen, evtl. begrenzt auf die Höhe des Freibetrags, oder den Kindern eine Schenkung vom Vater in Höhe von 400.000 Euro gewährt wird. In diesen Variationen verringert sich die Gesamtsteuer auf 220.000 Euro. Für die Geltendmachung des Pflichtteils ist die Verjährungsfrist von 3 Jahren (gem. § 2332 BGB) zu beachten.

Arbeitsrecht

Beweiswert von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen

Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass der Beweiswert von (Folge-) Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen erschüttert sein kann, wenn der arbeitsunfähige Arbeitnehmer nach Zugang der Kündigung eine oder mehrere Folgebescheinigungen vorlegt, die passgenau die Dauer der Kündigungsfrist umfassen, und er unmittelbar nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine neue Beschäftigung aufnimmt.

Haftungsrisiken des Arbeitgebers bei der Lohnpfändung

Eine Lohnpfändung stellt einen erheblichen Arbeitsaufwand dar. Der Arbeitgeber muss Drittschuldnererklärungen abgeben, Auszahlungsverbote beachten und die pfändbaren Lohnbestandteile eigens berechnen. Für einen Mitarbeiter der nicht täglich mit Lohnpfändungen zu tun hat eine große Herausforderung.

Doch nicht nur der erhebliche Aufwand, den Arbeitgeber auch gerne durch Klauseln im Arbeitsvertrag auszuschließen bzw. in Rechnung zu stellen versuchen, was jedoch

zumeist unzulässig sein wird, sondern auch das Haftungsrisiko im Rahmen der Lohnpfändung ist nicht zu unterschätzen. Der Arbeitgeber haftet nämlich als Drittschuldner grundsätzlich für sämtliche Fehler, die sich aus einer Falschberechnung bei der Lohnpfändung ergeben. Zahlt der Arbeitgeber z.B. an einen nachrangigen Gläubiger, weil der den Prioritätsgrundsatz missachtet hat, so wird er von seiner Zahlungspflicht nicht befreit und muss um eine Zahlungsbefreiung zu erreichen nochmal an den vorrangigen Gläubiger zahlen. Die kann für den Arbeitgeber sehr teuer werden.

KBHT macht mittlerweile für über 300 Mandanten die Lohnbuchhaltung und hat daher täglich mit Pfändungen und den entsprechenden Arbeitsaufwänden und Haftungsfallen zu tun. Gerne unterstützen wir Sie im Rahmen von Pfändungen aber auch bei der Erstellung Ihrer Lohnbuchhaltung mit unserer fachlichen und rechtlichen Expertise. Kommen Sie einfach auf ihren persönlichen Ansprechpartner bei KBHT zu.

Arbeitsrechts-ABC: K wie Kündigung

Für den Ausspruch einer wirksamen Kündigung kommt es maßgeblich auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften an. Um Konflikte im Rahmen einer Kündigung zu vermeiden, sollte der Arbeitgeber daher genau die Anforderungen an ein Kündigungsschreiben beachten.

Sämtliche Arten der Kündigung haben gemein, dass sie für ihre Wirksamkeit zwingend der Schriftform bedürfen. Kündigungen per E-Mail oder gar per Nachrichtendiensten sind unwirksam.

Die Kündigung kann grundsätzlich jederzeit erfolgen, es sind lediglich die gesetzlichen bzw. die vertraglich vereinbarten Kündigungsfristen zu beachten. Lediglich im Rahmen der außerordentlichen Kündigung ist zu beachten, dass der Arbeitgeber diese Kündigung innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis der für die außerordentliche Kündigung maßgebenden Tatsachen, aussprechen muss.

Inhaltlich ist erforderlich, dass der Arbeitnehmer erkennen kann zu welchem Zeitpunkt das Arbeitsverhältnis beendet werden soll. Insbesondere bei der außerordentlichen Kündigung muss für den Arbeitnehmer erkennbar sein, dass das Arbeitsverhältnis fristlos beendet wird. Daneben darf die Kündigung nicht an den Eintritt einer

bestimmten Bedingung geknüpft sein, um dem Arbeitnehmer größtmögliche Rechtssicherheit zu gewähren.

Einer Begründung bedarf die Kündigung nicht, es sei denn das Gesetz sieht ausdrücklich eine Pflicht zur Begründung vor, wie z.B. im Falle der Kündigung eines Ausbildungsverhältnisses. Fehlt es im Falle einer Begründungspflicht an einer Begründung, bewirkt ihr Fehlen die Unwirksamkeit der Kündigung und das Arbeitsverhältnis besteht weiter fort.

Sieht das Gesetz keine Begründungspflicht vor, so kann der Arbeitnehmer trotzdem nachträglich eine Mitteilung über die Gründe der Kündigung verlangen. Kommt der Arbeitgeber diesem Verlangen nicht nach, ist die Kündigung ebenso unwirksam.

Weiterhin muss das Kündigungsschreiben vom Aussteller auch unterschrieben sein und dem Arbeitnehmer zugegangen sein. Der Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung ist maßgeblich für den Beginn der Kündigungsfrist sowie der Klagefrist. Das Gesetz sieht nämlich vor, dass der Arbeitnehmer sich innerhalb von 3 Wochen ab Zugang der Kündigung gegen diese wehren kann, indem er eine Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht erhebt. Bei der wirksamen außerordentlichen Kündigung beendet der Zugang sogar das Arbeitsverhältnis. Der Arbeitgeber sollte die Vorschriften vom Zugang der Kündigung daher genau einhalten und im Zweifel den tatsächlichen Zugang auch nachweisen können.

Gesetzgebung

Einstufung von Unternehmen in Größenklassen anhand der neuen Schwellenwerte

Mit einem Änderungsvorschlag vom 22.12.2023 legt das Bundesjustizministerium (BMJ) dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Leitentscheidungsverfahrens beim Bundesgerichtshof zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. **Bemerkenswert** an diesem Änderungsvorschlag ist die Begründung zu Artikel 7 (Änderung des Handelsgesetzbuchs). Die **Schwellenwerte**, deren Anhebung vorgeschlagen wird, liegen an den Übergängen von der Kleinstkapitalgesellschaft zur kleinen Kapitalgesellschaft, von der kleinen zur

mittelgroßen Kapitalgesellschaft und von der mittelgroßen zur großen Kapitalgesellschaft. Sie betreffen ferner die größenabhängige Befreiung eines Mutterunternehmens von der **Pflicht zur** Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichts. Neben Kapitalgesellschaften gelten die Schwellenwerte auch für **haftungsbeschränkte Personenhandelsgesellschaften** (§ 264a Abs. 1 HGB) und für **Genossenschaften** (§ 336 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HGB).

Bei der Einstufung von Unternehmen in Größenklassen anhand der neuen Schwellenwerte ist stets auf zwei aufeinander folgende Geschäftsjahre abzustellen. Dies ergibt sich in den Fällen des § 267 Abs. 1 und 2 und des § 267a HGB-E aus der direkt bzw. entsprechend geltenden Bestimmung des § 267 Abs. 4 HGB und, in den Fällen des § 293 Abs. 1 Satz 1 HGB-E, aus dessen Wortlaut („am Abschlußstichtag ... und am vorhergehenden Abschlußstichtag“). Das bedeutet, dass bei der Einstufung die Bilanzsumme und die Umsatzerlöse nicht nur des Geschäftsjahres, um dessen Jahres- und Konzernabschlüsse, Lageberichte sowie Konzernlageberichte es geht, sondern zumindest auch des Vorjahres zu betrachten sind. Entsprechend der Praxis bei früheren Anhebungen der Schwellenwerte werden bei dieser Betrachtung die neuen Schwellenwerte rückbezogen. Eine Kapitalgesellschaft wäre damit zum Abschlußstichtag 31.12.2024 auch dann als klein anzusehen, wenn sie zu diesem Stichtag und zum 31.12.2023 oder zum 31.12.2023 und zum 31.12.2022 zwei der drei Merkmale des § 267 Abs. 1 HGB-E in der geänderten Fassung (Bilanzsumme 7.500.000 Euro, Umsatzerlöse 15.000.000 Euro, 50 Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt) nicht überschritten hat.

Fraglich bleibt, wie für die Prüfung der Schwellenwerte für die Abschlüsse zum 31.12.2022 zu verfahren ist. Wenn nämlich die neuen Voraussetzungen bei der ausgeführten Prüfung schon für den Stichtag 31.12.2022 gelten, müssten die neuen Schwellenwerte auch für die Prüfung des Stichtags 31.12.2022, also auch zum 31.12.2021 und zum 31.12.2020. Bei Annahme dieser Voraussetzungen wäre z. B. eine Kapitalgesellschaft zum 31.12.2022 - nach alten Schwellenwerten als mittelgroß einzuordnen - weiterhin eine kleine Kapitalgesellschaft.

Die Beantwortung dieser Frage steht noch an, da dies für viele Gesellschaften von großer Relevanz ist, da dann keine Prüfungspflicht besteht.

Regierungsentwurf des Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes (BEG IV) veröffentlicht

Im Anschluss an die Sitzung des Bundeskabinetts am 13.03.2024 wurde der Regierungsentwurf (RegE) des BEG IV veröffentlicht. Im Vergleich zum Referentenentwurf (RefE) hat sich das Entlastungspotenzial des Gesetzentwurfs erhöht:

- » Für Bürger: 3,7 Mio. Euro (bislang 3,5 Mio. Euro).
- » Für die Wirtschaft: 944,4 Mio. Euro (bislang 682 Mio. Euro).
- » Für die Verwaltung: 73,7 Mio. Euro (bislang 33,9 Mio. Euro).

Ein Großteil der hinzugekommenen Entlastungen ist auf sozialversicherungsrechtliche Regelungen zurückzuführen.

Weitere relevante Punkte aus dem RegE sind:

- » Keine Änderung im Vergleich zum RefE bei den Aufbewahrungsfristen: weiterhin Reduzierung von 10 auf 8 Jahre für Buchungsbelege und Rechnungen, jedoch weiterhin ohne Ausweitung auf andere (steuerstrafrechtliche) Normen oder zeitlichen Gleichlauf aller Aufbewahrungsfristen.
- » Anhebung der Schwelle monatliche Umsatzsteuer-Voranmeldung von bislang 7.500 Euro auf 9.000 Euro zur Entlastung der Unternehmer von Bürokratiekosten ab 01.01.2025.
- » Änderung bei Erteilung eines Arbeitszeugnisses im Vergleich zum RefE: Anstelle der vorgesehenen uneingeschränkten Streichung des Verbots der Erteilung in elektronischer Form, wird nun die elektronische Form nur mit Einwilligung des Verpflichteten und des Arbeitnehmers zugelassen.
- » Für die Ankündigung eines Arbeitnehmers, Pflegezeit oder Familienpflegezeit nehmen zu wollen, reicht künftig die Textform (bislang Schriftform mit Unterschrift) aus.

Ein genauer Zeitplan des weiteren Gesetzgebungsverfahrens ist derzeit noch nicht bekannt.

Gesetzliche Neuregelungen im April 2024

Ab April 2024 steigt die vorübergehend auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer auf **Gas und Fernwärme** wieder auf die **normalen 19 Prozent** an. Bereits zum 01.01.2024 war die Strom- und Gaspreisbremse weggefallen.

Bisher lag die **Einkommensgrenze**, die den Anspruch auf **Elterngeld** begründet, für Ehepaare bei 300.000 Euro zu versteuerndem Einkommen. Bei Nachwuchs, der nach dem 01.04.2024 geboren wird, sinkt die Einkommensgrenze auf **200.000 Euro**. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums ist diese Grenze auch für **Alleinerziehende** geplant (bisher 250.00 Euro). Ab April 2025 soll es eine weitere Senkung der Einkommensgrenze für Paare und Alleinerziehende auf 175.000 Euro geben.

Das **Qualifizierungsgeld** ist eine **neue Förderung**, die von Arbeitgebern ab sofort für Beschäftigte beantragt werden kann. Man erhält es aber frühestens ab dem 01.04.2024.

Sonstiges

Vertretungsmacht eines abberufenen GmbH-Geschäftsführers

Führt der noch im Handelsregister eingetragene Geschäftsführer einer GmbH Geschäfte aus, obwohl dieser durch eine vorherige Gesellschafterversammlung abberufen wurde, stellt sich die Frage, inwieweit das jeweilige Handeln des ehemaligen Geschäftsführers der GmbH zugerechnet werden kann. Dies beantwortete nun der BGH in seinem Urteil vom 09.01.2024, II ZR 220/22.

Ausgangspunkt der Entscheidung war eine GmbH (Projektentwicklung im Immobilienbereich), die durch eine Gesellschafterversammlung den Geschäftsführer abberufen hatte. Die Wirksamkeit des Beschlusses wurde sowohl von dem abberufenen Geschäftsführer als auch von der unterlegenen Minderheitsgesellschafterin bezweifelt. Zwei Tage nach der Versammlung verkaufte der abberufene Geschäftsführer als Vertreter der GmbH ein Grundstück im Wert von 12,2 Millionen Euro an einen Dritten. Zu dem Zeitpunkt, war dieser noch als Geschäftsführer im Handelsregister eingetragen. Der Käufer erklärte, dass er zwar wusste, dass der Geschäftsführer abberufen worden war, er aber auch Kenntnis von den jeweiligen Zweifeln um die Wirksamkeit dieser

Abberufung hatte. Die GmbH verlangte von dem Käufer die Zustimmung zur Löschung der Auflassungsvormerkung.

Dies geschah vorerst ohne Erfolg, da sowohl das Landgericht Berlin als auch das Kammergericht die Klage abwiesen. Vor dem Bundesgerichtshof klagte die GmbH jedoch mit Erfolg. Gemäß dem Urteil (Urt. v. 09.01.2024 – II ZR 220/22) sei der Geschäftsführer tatsächlich nicht mehr befugt gewesen Veräußerungen im Namen der GmbH zu tätigen, da der Widerruf Bestellung, gemäß § 38 Abs. 1 GmbHG wirksam vollzogen worden sei.

Die GmbH müsse sich zwar grundlegend zurechnen lassen, dass der Geschäftsführer noch zum Zeitpunkt des Verkaufes im Handelsregister eingetragen war. Jedoch sei dies anders, wenn der Käufer positive Kenntnis von der wirksamen Abberufung gehabt habe. Der BGH unterscheidet hier zwischen der Kenntnis vom Beschluss sowie der Kenntnis von der Wirksamkeit der Abberufung. Eine positive Kenntnis seitens des Käufers sei trotz des Verdachtes auf Unwirksamkeit nicht ersichtlich. So seien jeweilige Abstimmungsverfahren individuell innerhalb der GmbH-Satzungen geregelt, die der Käufer vor dem Kauf nicht herausfinden zu brauche.

Der BGH erklärte jedoch auch, dass die Annahme des KG Berlin, dass kein Missbrauch der Vertretungsmacht seitens des ehemaligen Geschäftsführers vorläge, zu bezweifeln sei. So sei der Verkauf der Immobilie ein wesentlicher Vermögenswert im Sinne des § 49 Abs. 2 GmbHG und im Zusammenhang mit den jeweiligen Gesellschaftern zustimmungsbedürftig. Dem Käufer müsse es demzufolge klar ersichtlich sein, dass der jeweilige Geschäftsführer ohne Vertretungsmacht handle, wenn dieser keinen Gesellschafterbeschluss vorlegen könne. Das KG Berlin habe jenen Faktor nicht hinreichend betrachtet und der BGH hat daher die Klage zurückverwiesen.

Trotz Eigenbedarfs – Verlängerung des Mietverhältnisses

Möchte der Vermieter, eine vermietete Wohneinheit selbst nutzen, kann er den Mietvertrag, aufgrund Eigenbedarfs kündigen. Stellt die Beendigung des Mietverhältnisses für den Mieter, seine Familie oder einen anderen Angehörigen seines Haushalts eine Härte dar, die in Abwägung mit einem berechtigtem Interesses des Vermieters nicht gerechtfertigt ist, kann der Mieter Widerspruch einlegen. Ein solcher

Härtefall stellt auch die Unmöglichkeit der Beschaffung einer Ersatzwohnung für den Mieter dar. Dies hat nun das Landgericht Berlin, in seinem Urteil vom 25.01.2024, AZ: 67 S 264/22 zugunsten des Mieters entschieden.

Ausgangspunkt der Entscheidung war eine Räumungsklage eines Vermieters in Berlin, der das streitgegenständliche Mietverhältnis aufgrund von Eigenbedarf gekündigt hatte. Dieser Kündigung widersprach der Mieter im Folgenden mit der Begründung keinen vergleichbaren Ersatzwohnraum finden zu können.

Das Landgericht Berlin wies die Räumungsklage des Vermieters im Folgenden ab, obwohl dieser dem Gericht den Eigenbedarf nachvollziehbar begründet hatte und dieser auch als bewiesen galt. Zur Begründung führte es an, der Widerspruch des Mieters sei berechtigt gewesen, weshalb das Mietverhältnis gem. der Bestimmungen des § 574a BGB auf bestimmte Zeit fortgesetzt würde.

Der Mieter hatte in seinem Widerspruch zuvor erklärt er habe, sich über einen Zeitraum von 2,5 Jahren insgesamt auf 244 Wohnungen beworben, konnte jedoch in keinem der Fälle ein neues Mietverhältnis begründen. Für die Beurteilung, ob Zeit und Umfang der Ersatzwohnraumsuche für einen Widerspruch und die Begründung eines Härtefalls genügten, schaltete das Landgericht Berlin einen Sachverständigen ein. Der Sachverständige stellte fest, dass der Mieter weder mögliche Ersatzwohneinheiten zu Unrecht ausgeschlagen hatte, noch die vom Mieter verfolgten Suchkriterien(Wohnraumeigenschaften, Lage usw.) zu beanstanden seien. Die Möglichkeit einen angemessenen Ersatzwohnraum zu finden, sei unter zumutbare Bedingungen daher nicht möglich gewesen, sodass die Kündigung eine unzulässige Härte für den Mieter darstellte. Das Gericht hielt insoweit eine Fortsetzung des Mietverhältnisses, um 2 Jahre für berechtigt und angemessen.

Durch die Entscheidung wird Vermietern die Durchsetzung einer Eigenbedarfskündigung weiter erschwert. So müssen nicht nur die bereits sehr engen Voraussetzungen einer Eigenbedarfskündigung beweisbar erfüllt sein, auch kann der in vielen Städten Deutschlands angespannte Wohnungsmarkt dazu führen, dass eine Eigenbedarfskündigung nicht den gewünschten Erfolg hat.

Impressum

© 2024 Alle Rechte, insbesondere das Verlagsrecht, allein beim Herausgeber DATEV eG, 90329 Nürnberg (Verlag). Die Inhalte wurden mit größter Sorgfalt erstellt, erheben keinen Anspruch auf eine vollständige Darstellung und ersetzen nicht die Prüfung und Beratung im Einzelfall.

Die enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung der Inhalte und Bilder im Kontext dieser Mandanten-Monatsinformation erfolgt mit Einwilligung der DATEV eG.

Eine Nutzung für Zwecke des Text- und Datamining (§ 44b UrhG) sowie für Zwecke der Entwicklung, des Trainings und der Anwendung (ggf. generativer) Künstlicher Intelligenz, wie auch die Zusammenfassung und Bearbeitung des Werkes durch Künstliche Intelligenz ist nicht gestattet.

Termine Steuern/Sozialversicherung

April/Mai 2024

Steuerart	Fälligkeit
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	10.04.2024 ¹ 10.05.2024 ²
Umsatzsteuer	10.04.2024 ³ 10.05.2024 ⁴
Ende der Schonfrist obiger Steuerarten bei Zahlung durch:	Überweisung ⁵ 15.04.2024 13.05.2024
	Scheck ⁶ 10.04.2024 10.05.2024
Gewerbesteuer	entfällt 15.05.2024
Grundsteuer	entfällt 15.05.2024
Ende der Schonfrist obiger Steuerarten bei Zahlung durch:	Überweisung ⁵ entfällt 21.05.2024
	Scheck ⁶ entfällt 15.05.2024
Sozialversicherung ⁷	26.04.2024 28.05. ⁸ /29.05.2024
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag sind zeitgleich mit einer erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.

- ¹ Für den abgelaufenen Monat, bei Vierteljahreszahlern für das abgelaufene Kalendervierteljahr.
- ² Für den abgelaufenen Monat.
- ³ Für den abgelaufenen Monat, bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat, bei Vierteljahreszahlern ohne Dauerfristverlängerung für das abgelaufene Kalendervierteljahr.
- ⁴ Für den abgelaufenen Monat, bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat, bei Vierteljahreszahlern mit Dauerfristverlängerung für das abgelaufene Kalendervierteljahr.
- ⁵ Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.
- ⁶ Bei Zahlung durch Scheck ist zu beachten, dass die Zahlung erst drei Tage nach Eingang des Schecks beim Finanzamt als erfolgt gilt. Es sollte stattdessen eine Einzugsermächtigung erteilt werden.
- ⁷ Die Sozialversicherungsbeiträge sind einheitlich am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats fällig. Um Säumniszuschläge zu vermeiden, empfiehlt sich das Lastschriftverfahren. Bei allen Krankenkassen gilt ein einheitlicher Abgabetermin für die Beitragsnachweise. Diese müssen der jeweiligen Einzugsstelle bis spätestens zwei Arbeitstage vor Fälligkeit (d. h. am 24.04.2024/25.05.⁸/27.05.2024, jeweils 0 Uhr) vorliegen. Regionale Besonderheiten bzgl. der Fälligkeiten sind ggf. zu beachten. Wird die Lohnbuchführung durch extern Beauftragte erledigt, sollten die Lohn- und Gehaltsdaten etwa zehn Tage vor dem Fälligkeitstermin an den Beauftragten übermittelt werden. Dies gilt insbesondere, wenn die Fälligkeit auf einen Montag oder auf einen Tag nach Feiertagen fällt.
- ⁸ Gilt für Bundesländer, in denen Fronleichnam ein gesetzlicher Feiertag ist.